

		Piraten	die Linke	Grüne	SPD	CDU	CSU	FDP			
Außenpolitik	für :		soziale Weltwirtschaft		eine europäische, parlamentarisch kontrollierte Armee			Kultur der militärischen Zurückhaltung			
			Abrüstung		gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik		umfassenden Datenschutz	gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung			
			zivile Kooperation		die Beziehung zu Russland wird als "unverzichtbare" "strategische Partnerschaft" bezeichnet		enge europäische Kooperation bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus	Etablierung und Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO			
					einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat sowohl für Deutschland als auch langfristig für die EU		einen offenen und fairen Welthandel mit hohen Schutzstandard	Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl			
	gegen :		Ziel der weltweiten Einsatzfähigkeit					Beitritt der Türkei zur EU			
			Ausbau militärischer Stärke								
			Kriegseinsätze								
	Forderung :		Besitz von Massenvernichtungswaffen								
			sofortiger Abzug aus Afghanistan					Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten zu strengen Kontrollen an den EU-Außengrenzen	aktives Eintreten der EU für Menschenrechte und Demokratieförderung		
			Verbot von Rüstungsexporten					Verhinderung illegaler Einwanderung, Menschenhandel, Schmuggel und grenzüberschreitender Kriminalität	neue europäische Initiativen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle		
								wirksamen weltweiten Schutz des geistigen Eigentums	langfristig einen europäischen Sitz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte rechtsverbindlich zu machen		
	Sozialpolitik	für :		sozialstaatliche Grundsätze		eine europäische Sozialunion, die aus gemeinsame verbindliche Regeln und Standards besteht, jedoch nicht die nationalen Systemen ersetzt		"die Rechte und den notwendigen Schutz der Arbeitnehmer, die mit ihrer Arbeit die Grundlagen unseres Wohlstandes erwirtschaften"	"fairen Wettbewerb der Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme"		
			gut entlohnte Arbeit		Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer sollen abgesichert und ausgebaut werden			mehr Verantwortung für soziale Reformen bei den Mitgliedstaaten			
			mehr sozialen Wohnungsbau		Koppelung der Zielvorgaben sollen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit						
gegen :			wachsende soziale Spaltung					vorzeitige Öffnung des nationalen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten der EU			
			Ausgrenzung und Armut								
Forderung :			mehr öffentliche Investitionen			Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage der Unternehmenssteuer und Einführung eines europäischen Mindestsatzes		Bekämpfung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen	soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage		
			Einführung einer Kindergrundsicherung (alle Regelleistungen werden zusammengefasst)			existenzsichernde Mindestlöhne		"ein Europa der Familien" mit besten Bedingungen für mehr Kinder	Programme zur europaweiten Förderung von Projekten, die zu Vielfalt und Toleranz beitragen		
			Abschaffung Hartz IV			gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, für Frauen und für Männer			Innovations- und Bildungsförderung statt struktureller Subventionen		
			Mindestlohn (10,-€) und Mindestrente (900,-€)			Grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und -verträge sollen möglich sein			Umwidmung des Globalisierungsfonds zu Mitteln für Forschung und Entwicklung		
Transparenz / Demokratie		für :		Gleichberechtigung Mann & Frau		die SPD möchte aus der SPE eine "echte" europäische Partei machen, mit einem Grundsatzprogramm und einem Spitzenkandidat für die Europawahlen		das Recht des europäischen Parlamentes, selbst über seinen Sitz zu entscheiden			
				mehr unmittelbare Mitwirkung der Bürger/innen							
	gegen :		Diskriminierung								
			"Lohndiskriminierung"								
	Forderung :		Einschränkung der Rechte von Parlamenten und Gewerkschaften								
			transparente Entscheidungsprozesse			"[...] eine transparente, effektive und demokratisch kontrollierte Haushaltspolitik [...]"		Dass das Europäische Parlament als einzige direkt vom Volk gewählte EU-Institution alle grundsätzlichen Fragen der EU mitentscheidet.	"Stärkung der demokratischen Komponente der europäischen Innen- und Justizpolitik durch den Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente"		
			umfassende Bürgerdemokratie					Einführung von Direktwahlkreisen bei Europawahlen	volle Sicherstellung einer lückenlosen und wirksamen Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der EU		
			Verbot von Parteispenden durch Unternehmen					deutlich stärkere Beteiligung von Bundestag und Bundesrat bei der europäischen Gesetzgebung	Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente		
		freier Zugang zu digitalen Netzwerken					Einbeziehung der Bürger bei wichtigen Fragen zu Europas Zukunft durch Volksabstimmungen	"nationale Zuverlässigkeitserklärung der Finanzminister der Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder"			

		Piraten	die Linke	Grüne	SPD	CDU	CSU	FDP		
Innenpolitik	für :		*partnerschaftliche Kooperation der Regionen*		eine gemeinsame Flüchtlingspolitik		verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltung der Kommunen auch gegenüber der EU	bedingungslose Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in allen EUMitgliedstaaten		
			Grundrecht auf Asyl				weniger Bürokratie in Europa und einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen	größere Zurückhaltung bei strafrechtlichen Sanktionen als schärfstes Mittel zur wirksamen Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts		
									Stärkung des ordre-public-Vorbehalts	
	gegen :		Neofaschismus, Rassismus, Fremdenhass					Bodenschutzrichtlinie mit neuen bürokratischen Vorgaben	nationale Zuverlässigkeitserklärung der Finanzminister der Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder	
	Forderung :		Bekämpfung der Kriminalität darf nicht zu Lasten der Grundrechte gehen					Soziale Marktwirtschaft mit einem starken und innovativen Mittelstand, einer praxisorientierten dualen Ausbildung und einem ausgeprägten sozialen Frieden mit einer stabilen Sozialpartnerschaft als Leitmodell für die gesamte EU	Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)	
								Schutzniveau der Bürger im Verbraucherschutz erhalten und stärken	die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik unter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten mit dem Ziel, das Recht auf Asyl in allen Staaten der EU zu gewährleisten	
									Rücknahme der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und die Überarbeitung des Fluggastdaten-Abkommens mit den USA, sowie Verzicht auf eine Fluggastdatensammlung für innereuropäische Flüge	
									volle gerichtliche Überprüfbarkeit aller gesetzgeberischen Maßnahmen der EU durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu garantieren	
Wirtschafts- und Finanzpolitik	für :		sozialstaatliche Grundsätze		*aktive Förderung von Wachstum*			Festhalten am Verschuldungsverbot der EU		
			gut entlohnte Arbeit						Konzentration der EU-Regionalpolitik auf die wirklich bedürftigen Regionen nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“	
									einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzuschließen ist	
	gegen :		deregulierte Finanzmärkte					politisch motivierte Beitritte zur Eurozone ohne strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien	Umschichtung der Ausgaben EU-Steuer in jedweder Form	
			Marktradikalismus					Einführung einer EU-Steuer	Dauersubventionierungen	
			Ausbau des Niedriglohnssektors							
	Forderung :		Stärkung der Binnenwirtschaft			der europäische Haushalt soll eine eigene Einnahmequelle haben		strengere Reglementierung der Tätigkeit von Managern angesichts der weltweit vernetzten Finanzmärkte	Überführung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den EU-Haushalt	
			strikte Kontrolle der Finanzmärkte					klare Grenzen für den Haushalt der EU	volle parlamentarische Kontrolle aller Ausgaben für Entwicklung	
			Abkoppeln der Finanzierung der Staaten von den Finanzmärkten					Verschärfung der Grundsätze des sparsamen Haushaltes und der diesbezüglichen Kontrollen in der EU	ein gerechtes, einfaches, transparentes, verlässliches und nachhaltiges Einnahmen- und Ausgabensystem der EU	
			Einführung einer Vermögensabgabe in Europa						Finanzierung des EU-Haushalts ausschließlich aus zwei Quellen: Traditionelle Eigenmittel (Zölle) und Abführungen auf Grundlage der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten – Anteile am Bruttonationaleinkommen (BNE Abführungen)	
Bildungspolitik	für :				kürzung der nationalen Bildungs-, Forschungs- und Innovationsausgaben, die dann durch europäische Zuwendungen ersetzt werden sollen		weitere Verbesserung der Qualifikation junger Menschen im europäischen Kontext auf nationaler und regionaler Ebene	Anhebung der Sprachkompetenz		
					Austauschprogramme oder Jugendbegegnungen für alle Jugendlichen		witere Vereinfachung der europaweiten Anerkennung von Bildungsabschlüssen			
	gegen :									
Forderung :								Maßnahmen zur Sprachförderung		
								Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache in den Mitgliedstaaten und als Amts- und Arbeitssprache in den EU-Institutionen		
								reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudien		

